

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Datumserklärung
Zeitung
Druck u. Verlag: Auer Brüder
u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Aut. Telegramm: Auerbrüder
Tageszeit: Auerzeitung
Ansprech: Anschlag Nr. 33.

Postleistung: Durch unsere Boten soll ins Haus monatlich 2.50 Mf. bei der Geschäftsführer abgeführt werden. Durch den Geschäftsführer abgeführt monatlich 2.50 Mf.
Büro 11.40 Mf., monatlich 3.00 Mf. Durch den Geschäftsführer soll ins Büro eingesetzt werden. Durch den Geschäftsführer abgeführt monatlich 2.50 Mf.
Unter Bezugnahme auf die Ausgaben im Rahmen der Dienstleistungen sowie aus Postanträgen und Briefporto nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigepreise: Die Abgangsposten Zeitungen oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg
zu bis zu 1000 Einheiten je Tag. Zeitungen für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Mf., ferner 300 Mf. Bei
großen Anhängen entsprechendes Nutzen. Anzeigennahme bis spätestens 9 Uhr vorm. für Tageszeit im Samstag Samstag
nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Zeitsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 106

Montag, den 10. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Das im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene deutsch-französische Schiedsgericht für private Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen ist endgültig gebildet worden.

Naht einer Meldung aus Madrid haben zwölf spanische Schifffahrtsgesellschaften angekündigt, sie würden beim Wiedergutmachungsabschluß wegen der von deutschen Unterseebooten versenkten spanischen Schiffe Klage erheben.

Offiziell wird berichtet, daß das japanisch-englische Bündnis auf 7 Jahre verlängert ist. Der Vertrag soll dem Völkerbund vorgelegt werden.

Das amerikanische Staatsdepartement hat die Nachricht erhalten, daß Japan keine Einwände gegen ein Bankenkonsortium für eine Anleihe an China zurückziehen und Englands und Frankreichs Bedingungen anzunehmen werde.

Der Londoner Tempsvertreter meldet, die liberale Konservativen werde eine neue Partei unter dem Namen Nationalliberale Partei bilden, die Lloyd George zu ihrem Führer erklären werde.

Ausschub der Landtagswahlen.

Von Herm. Schiersand, M. d. R., Chemnitz.

Die Fraktion der U. S. P. in der Volkskammer hat den Entwurf gestellt, die Wahlen für den künftigen Landtag mit den Reichstagswahlen zu verbinden. Auch Mitglieder anderer Fraktionen sind der Meinung, daß dies das Richtige sei würde. Man kann zugeben, daß verschiedene Gründe dafür sprechen, beide Wahlen zusammenfallen zu lassen. Es wolle dadurch für die Volksvertretung in Sachsen und ihre Weiterarbeit im Parlament die nötige Alartheit geschaffen. Die viel Zeit, Mühe und Unfugen beanspruchende Auseinandersetzung der Wählerlistin würde nur einmal zu erfolgen haben. Der Wahlkampf, der nun einmal Erregung und leider auch Verhinderung der Wählerschaft mit sich bringt, würde nur einmal in diesem Jahre durchzuführen sein. Den Parteien könnten bedeutende Kosten gespart werden. Trotz allem hat die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei mit großer Mehrheit beschlossen, die Verlängerung der Wahlen für den Landtag einzurufen. Derselben Standpunkt nehmen die Mehrheitssozialdemokraten und die Vertreter der Deutschen Volkspartei ein. Die Gründe, die für eine spätere Vornahme der Landtagswahlen sprechen, fallen viel mehr ins Gewicht als die oben angeführten.

Eine vollständige Neuauflistung der Wählerlisten könnte sich vielleicht, wenn die Landtagswahlen im Herbst stattfinden sollten, erübrigen, namentlich in kleineren Orten, wo man vielfach mit Nachtragen zu den Listen auskommen dürfte. Ausschlaggebend ist, daß die Volkskammer augenblicklich nicht, wie die Nationalversammlung, die ja leider hochwichtige Vorlagen in Halt und Auge und eben deshalb in unzulänglicher Weise erledigen mußte, auseinandergehen kann, weil noch verschiedene wichtige Vorlagen, die unabdingt in den nächsten Wochen und Monaten verabschiedet werden müssen, zur Verhandlung stehen. Nach Verlegung des Staatshaushaltshauses auf den 1. April des einen bis 31. März des anderen Jahres wird der neue Staatshaushaltplan 1920/21 in nächster Zeit zur Beratung stehen. Er müßte eigentlich bereits erledigt sein. Wenn er erst jetzt der Volkskammer vorgelegt wird, so trifft die Regierung keine Schuld. Es war diesmal außerordentlich schwierig, die Einnahmeposten einzustellen, da ja den Ländern auf Grund des neuen Reichssteuernommenstergesetzes ein Teil der Erträge der Reichssteuern überwiesen wird und die Höhe dieser Summe erst sehr spät bekannt geworden ist. Sachsen kann nicht mehr wie früher auf Grund seiner eigenen Bedürfnisse Einkommensteuern ausschreiben. Würden die Landtagswahlen am 6. Juni sein, dann würde sicher Ende Juni herankommen, bevor die neue Kammer soweit sein würde, in die Beratung des Haushaltshauses einzutreten.

Augendanklich liegt der Volkskammer die neue Verfassung für den Freistaat Sachsen vor. Auch die Gründe für das späte Erscheinen dieser Vorlage sind einleuchtend. Lieber verschiedene notwendige Bestimmungen konnten erst Klarheit erlangt werden nach Schaffung von Reichsgesetzen, die in der letzten beschlossen worden sind. Es sei nur an Wahlbestimmungen erinnert, ferner an Bestimmungen über das Finanzwesen, die oben bereits berichtet worden sind. Der Entwurf der neuen Verfassung wird in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen. Nach Verabschiedung der Verfassung muß noch ein neues Landtagswahlrecht geschaffen werden. Das jetzige Wahlrecht galt nur für die Wahl der Abgeordneten der Volkskammer. Die §§ 3, 4 und 6 des Entwurfs der neu zu Verfassung sagen, auf welchen Grundlagen das neue Wahlrecht aufgebaut werden soll.

Besonders dringlich ist auch die Verabschaffung eines neuen Besoldungsgesetzes. Die jetzige Kammer hat der städtischen Beamenschaft die Zulage gegeben, eine Besoldungsreform durchzuführen. Sie muß ihre Zulage erfüllen. Wie könnten sonst die Abgeordneten im Wahlkampf vor ihre Wähler treten und vor Ihnen bestehen? Kommt hinzu, daß die Fristen, die für verschiedene Bestimmungen festzustellen sind, bei der Ablöse der Zeit bis zum 6. Juni gar nicht eingehalten werden können. Diese Fristen,

könnten auch erst bestimmt werden, wenn das Wahlgesetz geschaffen worden ist. Zu all diesen gewissermaßen äußeren Gründen kommen noch innere hinzu. Eine Auflösung beider Parlemente, der Nationalversammlung und der Volkskammer, mag bedenklich erscheinen in unserer unruhigen Zeit. Und richtig ist doch auch, daß die heutige politische Stimmung nicht normal ist, und daß die politischen Tatsachen nicht gefördert sind. Die Regierung hat noch gar nicht genügend Gelegenheit gehabt, wirklich positiv, ausbauend zu arbeiten. Schließlich waren wir doch Anfang dieses Jahres zu einer ruhigeren Entwicklung gekommen. Diese ruhigere Entwicklung ist leider durch das frevelhafte Vorgehen von Rapp und seinen Untergangbrochen worden. Die Landtagswahl im Herbst wird sehr wahrscheinlich ein politisch richtigeres Bild ergeben, als die Wahl am 6. Juni, vorausgesetzt, daß wir wieder zu den Verhältnissen wie sie zu Anfang 1920 bestanden, oder zu günstigeren Verhältnissen kommen. Der Antrag der Fraktion der U. S. P. ist in der Volkskammer einem Ausschluß zur Verberatung überwiesen worden. Trotzdem wird er abgelehnt werden. Die Landtagswahl wird auf den Herbst verschoben werden.

Was wird der 6. Juni bringen?

W. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß es innerhalb der drei Mehrheitsparteien, gleichmäßig unzufrieden gibt, die mit der von diesen Parteien im letzten Jahre getriebenen Politik nicht einverstanden sind. Niemand wird aber auch leugnen dürfen, daß, wenn die Folge dieser Unzufriedenheit am 6. Juni etwa tatsächlich eine Schwächung der Koalition sein würde, dies gleichbedeutend wäre mit einer Stärkung der Opposition, mit einer neuen und schweren inneren Unruethebung. Wer sich eingemessen darüber klar ist, welche Stimmung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zurzeit noch herrscht, wird aber wissen, was das gegebenenfalls hieße. Es bleibt tatsächlich das merkwürdigste aller Schauspiele, daß man auf dem rechten Flügel des deutschen Bürgertums zurzeit den ausschweifendsten Hoffnungen lebt und sich überhaupt ganz so benimmt, als ob man bereits wieder in vollständig geordneten Verhältnissen leben. Man ergeht sich in Herabredigungen der Reichsregierung und gegen die Autorität des Staates, dessen Schutz man genießt und man unterstellt damit Tag für Tag das Gefüge des neuen Reichshauses stets von neuem einer Belastung, die ohne Schaden für das Ganze zu ertragen, selbst in normalen Zeiten schwer sein würde. Eine Kreise der Wählerschaft, die ihrer Unzufriedenheit jetzt durch eine hemmungslose Kritik oder gar durch Abwanderung in ein anderes Lager Ausdruck geben, wissen zu ihrer Entschuldigung nichts anderes anzuführen, als daß es ohne die Zugehörigkeit der jeweils eigenen Partei auch nicht wesentlich besser oder anders gekommen wäre, als es mit der Koalitions-Politik gekommen ist. Ein schwerer Irrtum. Im anderen Falle würde sich heute das Reich in der politischen und wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands befinden! Es ist fraglich, ob damit sowohl die protestierenden Sozialdemokraten wie die verärgerten Kommunisten und Demokraten zufriedener wären als mit dem heutigen Zustand. Nehmen wir aber wieder auf den Ausgangspunkt zurück und halten wir fest, daß bei einem Nachleben der erwähnten Unzufriedenheit wahrscheinlich eine Schwächung der Koalition und eine Stärkung der Opposition das Ergebnis des 6. Juni sein könnte. Nehmen wir da z. B. an, man würde noch beim 6. Juni nach der Aufführung Trimborns ohne weiteres die Deutschvolkspartei in die Koalition aufnehmen. Die Folge davon würde unvergleichlich die Arbeiterschaft geschlossen von neuem in Kampfstellung tritt, daß die Arbeit eines ganzen Jahres zu nützen wäre, daß alle Türe wieder ins Rutschen lämen. Stellen wir uns auf der anderen Seite vor, daß die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Wähler eine entscheidende Schwächung der Mehrheitssozialdemokratie brächte. Die Folge davon hieße gleichfalls einen Zusammenbruch alles bisher Erreichten, neue schwerste Kämpfe. Es ist und bleibt, wie es bisher war: unsere einzige Rettung liegt bei der Erhaltung der jetztigen Koalition in unverminderter Stärke.

Nichts geleistet?

D.M. Von französischer Seite hören wir das ewige Klageleid, daß Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage auch in finanzieller Beziehung nicht nachgekommen sei, insbesondere sei auf dem Gebiet der Wiedergutmachung nichts geleistet worden. Um diese französischen Behauptungen zu widerlegen, müssen einmal deutliche Zahlen sprechen, die beweisen, welche ungeheure Werte für die Wiedergutmachung schon abgeschafft sind. Da sind zuerst die Saararbeiten, die auf die Wiedergutmachung angerechnet werden und deren Wert sich auf eine Milliarde Goldmark bezieht. Da ist weiter das Reichs- und Staats-eigentum in den abgetretenen Gebieten, das nach sehr vorsichtiger Schätzung einen Wert von 8,885 Milliarden Goldmark ausmacht. Ist weiterhin unsere große Kolonialflotte nichts? Ihr Wert im Betrage von 8,250 Milliarden Goldmark muß ebenfalls auf die Wiedergutmachung angerechnet werden. Weiter müssen in Rechnung gebracht werden 7 Milliarden österreichisch-ungarischer, bulgarischer und türkischer Schulden; ebenfalls einen Wert von 7 Milliarden Goldmark.

stellen die Rückflüsse dar, die militärischen Depots und Lager, die wir auf unserem Rückzug in Belgien und Frankreich den feindlichen Armeen überlassen müssen. Ein Kapitel für sich bildet die Liquidationen deutscher Eigentums im Ausland. Hier ist eine Bewertung sehr schwierig, da es sich um einen Aufrechnungspositiv für die Liquidationen des Eigentums der Staatsangehörigen der Entente in Deutschland handelt. Weiterhin müssen auch für die Wiedergutmachung in Rechnung gestellt werden die Güter und Steuern, die die Entente, z. B. in Oberschlesien, für die deutsche Regierung einleitet und die bis Ende März einen Betrag von 212 Millionen Goldmark erreicht haben. Zu diesen großen Summen kommen aber noch andere: wir haben bisher für 736 Millionen Mark Kohlen, für 748 Millionen Mark Tiere liefern müssen. Die gelieferten Maschinen und Harzstoffe müssen mit etwa 120 Millionen Mark in Rechnung gestellt werden. Die Kosten für die Fabrik, die auf die Wiedergutmachung angerechnet werden, belaufen sich auf etwa 65 und die für das Eisenbahnmateriel auf etwa 750 Millionen Goldmark. Weiterhin wird sich aus die Entente dazu wohl bereit finden müssen, die Unterhaltungskosten für die interalliierten Verbündeten auszuschließen und für die interalliierten Verwaltungsausschüsse in den Abstimmungsgebieten den Wiedergutmachungssumme zugewiesen. Die Gesamtaufwendungen dafür sind ganz gewiß, sie sind auf das Jahr berechnet, mit einem Betrag von 400 Millionen Mark sicher nicht zu hoch geschätzt. Diese Zahlen werden unsere Vertreter in Spa den Ententestaatsmännern und besonders Herrn Millerand deutlich im Gedächtnis bringen müssen, wenn bei den dortigen Verhandlungen, wie wohl zu erwarten ist, wiederum gegen Deutschland der Vorwurf erhoben wird, daß es seinen finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nicht nachgekommen sei, daß es in diesen Beziehungen nichts geleistet habe.

Eine Verdreifachung der Kohlensteuer.

Ein bekannter Schriftsteller macht, wie wir schon kurz mitteilten, das W. R. auf die bevorstehende weitere Besteuerung der Kohle durch eine unerhörte Steigerung der Kohlensteuer aufmerksam. Bis vorigen Jahre war auf dem Lande die Heizung noch verhältnismäßig billig, da im Juli 1919 für 100 Gramm Brüte bei Selbstabholung 350 Mark gezahlt werden mußten. Dann stieg der Preis im Dezember auf 550 Mf. und jetzt im April plötzlich auf 1150 Mf. In der Stadt sind die Preise noch wesentlich höher gestiegen. Nun aber soll die Kohlensteuer, die bis 20 Prozent betrug, auf 60 Prozent gesteigert werden. Wir wissen nicht, ob sich die Reichsfinanzverwaltung bereits auf diesen Prozentsatz festgelegt hat oder ob er nur vorläufig als erstrebenswert ins Auge gefaßt ist. Wohl aber ist bekannt, daß die Regierung auf eine ganz beträchtliche Erhöhung der Kohlensteuer hinarbeitet. Wir halten es für notwendig auf die von dieser Seite erhöhte Gesetz aufmerksam zu machen, solange es noch möglich ist, ihr entgegenzutreten. Der Durchschnitt des Steinkohlenpreises beträgt heute einschließlich der zwanzigprozentigen Steuer 200 Mark. Würde die Steuer auf 60 Prozent erhöht, so würde sich der Preis der Tonne auf 256 Mf. stellen, ganz abgesehen von der Erhöhung des Preises für die Kohle selbst. Hat man sich klargemacht, was diese Verdreifachung der Steuer für das wirtschaftliche Leben bedeutet? Sie hätte zur Folge, daß die Lebensmittel und Mieten eine neue Steigerung erfahren müßten, daß alle Industrie produkte von neuem im Preise erhöht würden, und daß notwendig auch die Löhne und Gehälter hinaufgestellt werden müßten. Jede Regierung, die ihrer Pflicht sich bewußt ist, muß heute um einen

Abbau der unerträglich hohen Preise bemüht sein. Die erhöhte Kohlensteuer würde nach der anderen Seite wirken und alle Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage zuschanden machen. Daß scheint es aber, als ob die Regierung diese Gefahr nicht sieht oder sehen wollte. Denn gerade jetzt läßt sie durch das offizielle Büro eine Mitteilung des Reichskohlenverbandes veröffentlicht, in der es als eine große Tat gepriesen wird, daß jetzt im Reichsanzeiger die vom 1. Mai ab gültigen Brennstoffverkaufspreise der verschiedenen Syndikatsbezirke veröffentlicht werden. Diese öffentliche Bekanntmachung verleiht so sehr von selbst, daß es wirklich überflüssig ist, das hier gelegte Et. auch noch zu begadern. Woran es heute ankommt, das ist eine Grundfestigung der Kohlenpreise, um die deutsche Wirtschaft nicht gewaltig zu strangulieren. Davon schweigt das Sängers Höflichkeit. Wir warnen ernstlich davor, gerade bei der Kohle mit neuen Steuererhöhungen anzugehen. Jenseits treiben wir unaufhaltsam zum wirtschaftlichen Ruin.

kleine politische Meldungen.

Die Verschiebung der Konferenz. Nach einer Meldung des Temps aus London werden sich Lloyd George und Millerand am 18. Mai treffen und bis zum 15. oder 16. Mai verhandeln. Die Nachricht, daß Deutschland wegen der Reichstagswahlen eine Verschiebung der Konferenz

in Spa verlangen werde, habe in England nicht überrascht. Der Gesundheitszustand von Lloyd George, welcher ohnehin ernst sei, könnte sehr leicht eine Verschiebung der Konferenz nötig machen.

Neuregelung des Beamtenurlaubs. Die deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Neuklin, hat die demokratische Fraktion der Nationalversammlung ersucht, dahin zu wirken, daß die Beurlaubung von Beamten nicht mehr ausschließlich von den Leitern der Behörden bestimmt wird, sondern unter ausschlaggebender Mitwirkung der Beamtenausschüsse eine Regelung erfährt, bei der für die Dauer des Urlaubs in erster Linie das Lebensalter der Beamten und erst danach die Einstellungsklasse und das Dienstalter maßgebend sind.

Die schleswigsche Frage. Vaut Temps hat die englische Delegation aufs neue ihren Standpunkt in der nordschleswigschen Frage vertreten, welcher dem französischen entgegengesetzt ist. Die Delegierten der dänischen Bevölkerung der zweiten Zone haben dem Botschafterrat eine Petition überreichen lassen, in welcher sie die Internationalisierung dieser Zone verlangen. Eine Deputation von dort wird Anfang nächster Woche in Paris sein.

Oberschlesien in grösster Gefahr. Der Oberschlesische Kultur meldet: Allem Anschein nach wird am Montag der polnische Putsch in Oberschlesien beginnen. Die Polen haben an diesem Tage zum allgemeinen Generalstreik in Oberschlesien aufgerufen mit dem Verlangen nach Entwaffnung der Sicherheitswehr. Wenn der Streik keinen Erfolg hat, soll die Sicherheitsgruppe mit Gewalt entfernt werden. Englisches Majore, die am Donnerstag die oberösterreichische Grenze besuchten, stellten dort große polnische Truppenansammlungen fest.

Ehrehardt begibt sich in Sicherheit. Die B. J. meldet: Kapitän Ehrehardt, der Führer der 2. zurzeit im Münsterlager in Auflösung befindlichen Marinebrigade hat am Sonnabend den Befehl über die Brigade niedergelegt und das Lager verlassen. Er hat seinen Abschied der Gruppe in einem Befehl bekanntgegeben. Darin sagt Ehrehardt, daß er sich vollkommen frei dazu entschlossen habe, nicht in Haft zu gehen, sondern sich in Sicherheit zu begeben.

Die Erzbergerische Steuerangelegenheit als Wahlpropaganda. Der Fall Erzberger taucht wieder einmal auf, und man spätestens gewisse Kräfte rumoren, um die Steuerangelegenheit für den Wahlkampf der Rechten auszuschlagen. In der Sitzung der preußischen Landesversammlung fragte der Abg. Bernlich-Berlin (D. Volksp.) über das Untersuchungsergebnis hinsichtlich der Erzbergerischen Steuerangelegenheit an und erhielt durch den Regierungsvertreter die Antwort, daß die Regierung die Frage wegen der Geheimhaltungsvorschriften über die Steuererklärungen nicht beantworten wolle.

Die Not der deutschen Presse.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger am 5. Mai in Dresden gab der Vorsitzende Dr. Robert Faber eine umfassende Darstellung aller der Schwierigkeiten und Mängel wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Art, die sich zur Lebensbedrohung für die deutschen Zeitungen vereinigt haben. Er betonte, daß es sich dabei nicht sowohl um die besondere katastrophale Not eines einzelnen Gewerbes handelt, sondern um all die Folgen, die der Zusammenbruch der deutschen Presse für die Öffentlichkeit und die Volksgesellschaft unabwendbar nach sich ziehen muß. Das Szenario blieb in allen seinen Einzelheiten derartig trostlos, daß die Herausgeber der deutschen Presse sich veranlaßt sahen, im einzelnen noch über Rettungsaktions zu beraten, aber auch zu der bei der weiteren Entwicklung in bedrohliche Nähe rückenden Stellung der Zeitungsbetriebe Stellung zu nehmen. Die Katastrophengefahr verschärft sich zusehends durch das ungehemmte und ungeheuerliche Ansteigen der Papier- und Materialienpreise und durch neue Lohn- und Gehaltsforderungen. So müssen die Herausgeber der Zeitungen sich darüber im klaren sein, daß jeden Augenblick die Unmöglichkeit des Weiterexistenzes der Zeitungen eintreten kann. Solange es noch möglich ist, muß versucht werden, diesen Heitzpunkten noch hinauszuschieben. Bemerkenswert erscheint

zur Beurteilung der Lage ferner, daß bereits großer und mittlerer Druckereibetrieb stillgelegt werden müssen und auch große Zeitungen Einschränkungen bis zur Hälfte des Personals vornehmen müssten. Von der Versammlung wurden entsprechende Entschlüsse angenommen.

Von Stadt und Land.

Aue, 10. Mai 1920.

Der neue sächsische Millarden-Stat. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 7. Mai dem Stat für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 die Zustimmung erteilt. Der Stat schließt in Einnahmen und Ausgaben ab mit 1.000.000.390.580 Mark. Außerdem sind in außerordentlichen Stat noch 81.638.000 Mark ausgesetzt. Nach dem Stande vom 31. März 1920 beließen sich die sächsischen Staatschulden auf 992.354.400 Mark fundierte Schulden und 712.704.000 Mark schwedende Schulden. Die Ueberschusskapitel ergeben nach dem Entwurf einen Überschuss von 817.209.814 Mark. Diesem Überschuss steht ein Zusatzbedarf von 743.209.814 Mark gegenüber, so daß der Haushalt mit einem Fehlbetrag von 12.6 Millionen abschließt.

Umgestaltung der Einwohnerwehren. Der Minister des Innern Uhlig hat noch kurz vor seinem Rücktritt unter dem 3. Mai eine Verfügung an die Kreis- und Amtshauptmannschaften, an die Stadträte und Gemeindeverwaltungen und an das Wehrkreiskommando IV erlassen, worin Richtlinien über die Umgestaltung der Einwohnerwehren entsprechend den Fordellungen der Entente enthalten sind. Diese Richtlinien haben den Zweck, die Umgestaltung so durchzuführen, daß auch der leichte Anschein einer Verlegung des Verfaßter Vertrages schwundet. Von den Gemeinden soll eine Organisation freiwilliger zum Schutz von Leben und Eigentum gebildet werden. Der Ortsdienst darf nur nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses auf Beschluss der Gemeindebehörden ins Leben gerufen werden. Die Frage der Bewaffnung ist noch nicht endgültig entschieden. Auf jeden Fall sollestrebt werden, daß sie auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt wird. Die Umbildung muß bis zum 30. Juni durchgeführt werden.

Über die Doppel-Auto-Verbindung Aue-Zschorla. erhalten wir vom Postamt Aue folgende Zuschrift: In der Deutlichkeit muß es begriffliches Aufsehen erregen, daß die Kraftwagen-Verbindung auf der Strecke Aue-Zschorla gleichzeitig von der Reichspostverwaltung und der sächsischen Staatsregierung aufgenommen worden ist. Der Grund liegt darin, daß die sächsische Regierung trotz wiederholter Zugaben bisher nicht in der Lage war, den auch für die Post unumgänglich notwendig gewordenen Straßwagen-Verkehr einzurichten. Die Beförderung der Postfahrt zwischen Aue und Zschorla mit Pferdebetrieb stieß auf immer gröbere Schwierigkeiten, sodass die Post — da die Staatslinie ausblieb — schließlich einen eigenen Kraftwagen-Betrieb einrichten musste. Als hierzu alle Vorbereitungen getroffen waren, erschien auch die Staatsregierung mit ihrer Kraftwagen-Verbindung auf dem Plane. Das doppelte Befahren der Strecke ist natürlich sehr unerwünscht. Daher sind Verhandlungen zwischen dem Reichspostministerium und der sächsischen Staatsregierung darüber im Gange, welche Verwaltung den Betrieb der Strecke endgültig zu übernehmen hat.

Im Tarifwesen. Der zwischen dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. V., Bezirksgruppe VIII, dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Aue und Umgegend, dem Deutschen Bauarbeiterverband, Bezirkverein Aue, und dem Zentralverband der Maschinen-, Heizer und verwandter Berufsgenossenschaften Deutschlands, Geschäftsführer Zwickau, am 4. Juli 1919 abgeschlossene Tarifvertrag nebst Nachtrag vom 15. September 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeiten im Tiefbau gewerbe wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet der Stadt Aue und der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg einschließlich des Amtsgerichtsbezirkes Hartenstein, sowie der Städte Zwickau und Elterlein für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1920.

Um die neuen Lasten der Krankenversicherung, die die Verordnung vom 1. April 1920 über die Heraufsetzung der Grundrente zur Folge gehabt hat, zu zeigen, ist in den letzten Tagen von verschiedenen Zeitungen bekannt gegeben worden, daß Angestellte in gehobener Stellung, wie Betriebsbeamte, Werkmeister, Handlungsgesellen usw., bei einem Ge-

halte von 15000 Mt. jährlich 7 v. H. des Gehaltes — 1050 Mt. an Beiträgen zu zahlen haben. Hierzu hat sich der Verband von Ortskrankenkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg umgekehrt, daß derartige Beitragssätze nicht den Tatsachen entsprechen könnten, denn weder in seinem Bezirk noch im übrigen Sachsen würden von den Ortskrankenkassen nicht im entferntesten Beiträge in Höhe von 7 v. H. des Grundlohnes erhoben und hätten auch fast alle Rassen als höchsten Grundlohn nur 80 Mt. eingeführt. So wäre beispielweise bei der Ortskrankenkasse Aue in die höchsten Beitragsstufen mit einem Grundlohn von 80 Mt. und bei einem Beitragsrate von 4½ v. H. wöchentlich 8,10 Mt. = 421,20 Mt. jährlich zu zahlen, wovon gesetzlicher Bestimmung gemäß ein Drittel des Arbeitgebers zu tragen habe, sodass auf den Versicherten nur 280,80 Mt. entfallen. Den erhöhten Beiträgen ständen auch entsprechend hohe Leistungen gegenüber; beispielweise würde von der Ortskrankenkasse Aue neben freier ärztlicher Behandlung und Arznei ein Krankengeld von 18 Mt. täglich, ein Sterbegeld von 600 Mt., Leistungen an Familiengehörige u. versch. a. gewährt. Es gewinnt den Anschein, als wenn die in Frage stehenden Zeitungsnotizen von privaten Krankenkassen ausgehen, die damit beweisen, ihnen Angestellte mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 5000 Mt. die am 26. April 1920 neu in die Krankenversicherung einbezogene worden sind, zuzuführen und sie auf diese Weise von den reichsgeführten Krankenkassen (Ortskrankenkassen usw.) fern zu halten.

Aus dem Parteileben.

Wahlkreis. In die Wähler des 33. (3. Jährl.) Wahlkreises. Der kommende Reichstag sieht unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Aufbaus. Während die Nationalversammlung die Verfassung und die grundlegenden Reichsgesetze zu geben hatte, wird der erste Reichstag auf dem von der Nationalversammlung geschaffenen Boden das wirtschaftliche und kulturelle Leben des deutschen Reiches wieder in gesunde Bahnen geleitet haben. Unter diesem Gesichtswinkel hat die Deutschdemokratische Partei die Auswahl ihrer Kandidaten vor genommen. Der Deutsche demokratische Kreisparteitag des 33. Wahlkreises hat am 8. Mai in Zwickau seine Kandidatenliste aufgestellt. Obwohl der Reichstag keine ständische Vertretung darstellen kann, hat der Kreisparteitag doch die Interessen der Berufsstände mit den Erfordernissen der Politik in günstigster Weise zu verbinden gewusst. An erster Stelle steht Abg. Brodauf, der in den weitesten Kreisen als überzeugter Demokrat und tüchtiger Parlamentarier sich einer bedeutenden Ruh und großen Anhang erworben hat. Das selbe gilt in erster Linie auch für den Abg. Günther. Gleichzeitig ist aber dieser Kandidat der gegebene Vertrete der Industrie, des Handels und des Mittelstandes. An dritter Stelle ist in Landwirt Schauer, Mitglied des Deutschen Bauernbundes, die bürgerliche Landwirtschaft zur gerechten Geltung gekommen, die in anderen Parteien niemals das ihr gebührende Verständnis gefunden hat. Als Vierter kommt ein Handwerker und an fünfter Stelle erhält der Beamte seinen Platz.

Die vollständige Liste lautet:

- Landger.-Dir. Alfred Brodauf, Chemnitz, 2. Amt. Hof. Günther, Plauen, 3. Landwirt Schauer, Wiedenbrück, 4. Malermeister Jähnig, Mittweida, 5. Obertelegraph. Sekr. Brüs, Zwickau, 6. Frau Clara Gräsel, Annaberg, 7. Ing. Rob. Popp, Aue, 8. Gewerkevereinssekretär Aug. Herold, Plauen, 9. Oberbürgermeister Högl, Zwickau, 10. Geschäftsführer des deutschen Bauernbundes Otto Bleiche, Schönau, 11. Fabrikbet. Joh. Bahne, Überlungwitz, 12. Sem.-Oberl. Prof. Freitag, Frankenberg.

Wenn man diese Liste mit den übrigen Kandidatenlisten, der D. D. P. in Sachsen vergleicht, so ergibt sich, daß die Deutsche demokratische Partei alle Berufsstände in gerechter Weise vertritt. Wer also das Wohl des Vaterlandes und sein eigenes Interesse im Auge hat, der handelt richtig, wenn er der Deutschen demokratischen Partei seine Stimme gibt.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Kirchenkonzert. Eine ebenso rohe wie anbietende Jubiläumsfeier hatte sich am Sonntagabend in der Nikolaikirche eingeladen, um den prächtigen, dingebrunnen Gesänge des Röbel-Duettetts zu lauschen. Schon verzückend hatte dieses früher in Aue gehört und stets patte es mit seinen herzerweckenden Gaben eine stillen Beifunde gelendet. So war es auch gestern wieder. Wie treiner Glöckchen läuteten die klaren Stimmen durch das Gottes-

Die Goldkassette.

Roman von U. von Gaffron.

(S. Fortsetzung.)

Nur die elektrische Straßenbahn fuhr vorüber und ließ an den Leitungsdrähten violette Lichtpunkte aufblitzen, die blitzgleich ihr Zimmer immer wieder mit geisterhaft aufzuckendem Schein erhellen.

Der Donner grölte.

War das nicht ein Wetter, um zu Friederike Wending zu gehen?

Rein, sagte sie sich. Was sollte sie dort? Nein, gerade jetzt?

Sie trat von dem Fenster, an dem sie gestanden und starr hinausgeblieben hatte, zurück und legte sich im dunklen Zimmer so, wie es war, auf das Sofa, das dort an der Wand stand.

Bei diesem Augenblick zuckte draußen ein so greller Blitz über den Himmel, wie sie ihn noch niemals gesehen, und gleichzeitig brachte der Donner mit tosendem Rollen herunter.

Vom Blitz geblendet, schlug sie die Hände vor ihr Gesicht. Der bläuliche Teufel auf die Augen brachte in ihr einen bläulichen Lichtschein hervor, und von diesem hoben sich wie von matt leuchtendem Hintergrunde schwarze Buchstaben ab:

Friederike Wending, Berlin C, Fischerstraße 1.

Ein halb erstickter Schrei entfuhr ihrer Kehle, während ihre Hände von den jetzt weit aufgerissenen Augen herab sanken. Mit gespreizten Fingern stemmten sich diese Hände gegen den Stein, und die eine Hand griff ein Papier.

Sie ahnte, wußte, fühlte sofort, was es war. Es war die alte zerknitterte Karte:

Friederike Wending, Berlin C, Fischerstraße 1.

Wie sie in diesem Augenblick hierhergekommen war, das wußte sie nicht. Wann sie ihr hier entfallen war, davon hatte sie keine Ahnung. Aber sie war ihr ein Zeichen, und schnell entschlossen war sie sich ihren Mantel um, setzte sie sich ihre Mütze auf, die wie ein Stoffweste aussah, und ging.

"Manu?" sagte Frau Hellwig, die kleine, blonde, blutleere Witwe, und sah von ihrer Näharbeit auf, um zu laufen, ob sie auch recht gehört habe und ob ihre Mieterin wirklich ging.

"Manu, was soll denn das heißen?"

Eine Menge seltsamer Gedanken kamen ihr dabei keiner aber so seltsam, wie die Wirklichkeit ist.

Lotte Weiser schritt die knarrende Treppe hinab, deren zerstüttelte Stufen sie mit dem vor ihr herhusenden Lichte ihrer Taschenlampe beleuchtete.

Sie öffnete die kleine, in das schwere Tor eingelassene Pforte, die in den ungeschmückten Angeln mitschnell kreischte und quietschte. Und als sie auf den halbverlötzten Platz hinaustrat, schlug ihr der Regen entgegen, und ein scharfer Wind peitschte ihr die Haare ins Antlitz. Oben aber schien das Sonnenlicht zu schwellen. Es hatte sich grossendistanziert, nachdem es in den einen furchtbaren Blitz, in den einen frasenden Donner all seine Kraft gelegt und vereinigt und sie in Ihnen zugrund vergebudet hatte.

Von Lotte Weiser überquerte, daß Regens und Windes nicht achtend, den Markt und schritt der Fischerbrücke zu, die nicht mehr weit ablag.

Sie ging mit dem Winde. Gegen den Wind aber

sah sie jemand entgegen, der den Regenschirm hielt vor sich hingehalten, sich durch den Wind und den Regen erst durchzämpfen mußte.

Beinahe wäre er an sie angekant.

"D. Verzeihung," sagte er und hob seinen Schirm. Dabei sah er ihr ins Gesicht.

Beinahe führte er zurück.

Dann verzog sich sein Mund zu spöttischem Grinsen: aus seinen Augen sprühte der Hohn, und lachend winkte er ihr mit seinem Hut nach, den er trotz des Regens geflüstert hatte.

So wie ihn das Staunen ergriffen hatte, so ergriff sie der Schrei. Beinahe fridete sie in ihren plötzlich versagenden Knien ein. Sie musste sich an eine Wand lehnen, um nicht umzufallen. Alle Kraft war von ihr gewichen, denn zum ersten Male fühlte sie sich vom Schicksal betrogen, das sie hinausgelöst und gerufen hatte aus der Sicherheit ihres Zimmers.

Zeigt war sie entdeckt.

Zeigt kannte man das Feld, in dem sie handeln mußte, wenn sie ihr Ziel jemals erreichen wollte.

Zeigt war sie vor nichts mehr sicher, denn der, mit dem sie zusammengebracht war, war — war der junge Mann aus der Potsdamer Straße.

Ohne ihren früher beobachteten Weg jetzt nach fortzusehen, ging sie auf hundert Kurvenwegen nach Hause zurück, durch wiederholtes, spähendes Marten überzeugt, daß niemand ihr nachging.

Der Herz floßte bärbar, als sie wieder in ihr Zimmer hineintrat. Langsam kleidete sie sich aus. Der Schlaf aber fand in der Nacht den Weg nicht mehr zu ihr, denn in wachem, ruhelosem Träumen lag sie da und sah immer nur ihn! (Fortsetzung folgt.)

kreises. De
es wirtschaft
ung die Ver
geben hatte
onalversamml
und kulturell
Bahnlinien zu
die Deutsch
abteilungen vor
Kandidaten
ändische Ver
doch die In
der Politik
erster Stell
Kreisen als
ier sich einer
hat. Das
Günther i
ne Vertrete
n. Um dertet
es Deutscher
ur gerecht
nals das ih
erster kommi
der Beamte

h. 2. Alm
auer, Kr
ba, 5. Ober
Er dw. 11,
vereinsejek
ter Hölz
uerbunbund
Bahn e
Konfrenberg
olidatenliste
ch, daß die
in gerechte
landes und
richtig, wer
tumme gib
n.

ige Zuhörer
zusammen, um

Quartette
in Aus fü
eben Gaber
tern wieder
das Gottes

irm lehr
den Bogen

in Wilm.

Grinsen:
end wirkte
Regens.

so ergriff
n plötzlich
ine Wand
war von
sich vom
gerufen

handeln
polite
der, mit
der junge

zeigt noch
ach Hause
überzeugt,

the Blü
ie. Den
cht mehr
log sie
g folgt.)

haus, eine wohlevolle Stimmung erzeugend in den Herzen der Konzertbesucher. Das Programm zerfiel in drei Teile: Der Kirche hörte Port — des Hauses liebster Gast — des Petrus' Jüher Trost. Unter dieser Darstellung bot das Quartett gesellliche Lieder, deren Entstehung bis ins 15. Jahrhundert zurückliegt. Mit wunderbarer seelischer Verleistung erklangen die vier Stimmen — Sopran, Alt, Tenor, Bass. Mit diesem Trost sprachen sie zu bewegten Herzen. Es fühlte schwer, zu sagen, was man an den Darbietungen am meisten preisen soll, ob die reine Intonation, die schönen prächtigen Einsätze, die klare deutsche Aussprache, das ganz besondere gatte Piano (dah am eindrücklichsten zum Ausdruck kam in der Komposition nach Louise Reis). Bleibe bei uns oder die Ausgeschiedenheit und gegenseitige Anpassung der Stimmen. Es bedarf weiter keines besonderen Rühmens für das Rödig-Quartett, um es recht zu würdigen, dafür ist es zu beschäftigt bei allen Freunden geselllicher Musik. Wir können doch Quartett den stärksten Eindruck hervorrief und das stillen, aber aufrichtigsten und herzlichsten Dankes der vielen Zuhörer sich würdig erwies.

Elternabend. Einen vollen Erfolg brachte dem Kauflandischen Jugendbund sein am Sonnabend veranstalteter Elternabend. Obmann Täger sprach über das Freundschaftsverhältnis im K. V. B. und der erste Vorsthende des G. D. A. Aus Schellenberger brachte seine Anerkennung für die geleistete Arbeit zum Ausdruck und ermahnte die Jugend zum Lernen und Vornahmen. Einem längeren Vortrage forderte Jugendsekretär Günther von den anwesenden Jugend-Charakter und Kenntnis und stellte als Grundpfeiler auch für den jungen Kaufmann Treu und Glauben hin. Alle drei Reden wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Am Ende wurden sie von geselligen Unterhaltungen. Zum Schlüsse wurde Herr Täger die goldene Werbenadel von der Verbandsleitung verliehen.

* * *

Mittweida, 9. Mai. Von der Festnahme eines Höhlenbewohners weiß die hierige Gendarmerie zu berichten. Ein achtjähriger Gelegenheitsarbeiter von hier, der 1½ Jahr Gefängnis zu verbüßen hat und in Chemnitz entwichen war, bewohnte seit Anfang März einen verfallenen Stollen im benachbarten Schönborn am Fuße eines steilen Abhangs, der nur schwer zu erreichen und dem Auge kaum sichtbar ist, um so mehr, da der Eingang vom Wasser des Ischonau umspült wird — ganz und gar ein Nest nach Art der Niederrömantis. Der lichtlose Höhle hatte sich hier äußerst wohnlich eingerichtet. Für die Wärme sorgte ein eiserner Ofen mit Rauchfang. Seinen Lebensunterhalt bestreift der Bursche vom Raubben und Wildern; es werden ihm zahlreiche Einbrüche, die Höhle in der Umgebung zu Last gelegt. Ein Wagen voll Viehsgut wurde bei der Räumung der Höhle zutage gefördert.

Leipzig, 9. Mai. Massenspeisungen. Von letzter Woche an werden in Leipzig 2000 Kinder in jedem Alter bis zu 15 Jahren und außerdem eine stattliche Anzahl werdender und stillender Mütter täglich durch die amerikanische Mission der Freunde (Quäker) gespeist. Die Speisungen sollen bis nach der Ente, vielleicht sogar bis in den kommenden Winter hinein fortgesetzt werden.

Leipzig, 9. Mai. Versammlung der Angehörigkeitsverbände im Gastwirtwesen. Auf dem Fachtag des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angehörigen Deutschlands, der vorige Woche in Leipzig (Volkshaus) tagte, kam es zu einer Versammlung aller Gehilfenverbände. Hinter der geschlossenen Einheitsfront der deutschen gastronomischen Gehilfenschaft stehen weit mehr als 100 000 Mitglieder. (Auch in Aue befindet sich ein Ortsverein dieser Organisation).

Dresden, 9. Mai. Der Adel in der sächsischen Verfassung. In Sachsen wird man voraussichtlich von einem besonderen gesetzlichen Vorgehen, um die Vorrechte des Adels aufzuheben, ablehnen, da schon im Verfassungsentwurf, der in der nächsten Woche in der Volkskammer beraten werden wird, der Artikel 42 folgendes bestimmt: Die öffentlich-rechtlichen Sonderrechte der Häuser Schönburg und Solms-Wildenfels werden aufgehoben. Die Mitglieder des Hauses Schönburg, die früher in ihrem, in der Zwicker Mündungsgegend gelegenen Gebiete landesherreliche Gewalt ausübten, dieses aber schon im 18. Jahrhundert im wesentlichen zugunsten des Kurfürsten von Sachsen verloren hatten, befassen auf Grund der mit ihnen geschlossenen sogenannten Flezzelle, deren wichtigste die vom 4. Mai 1740, 9. Oktober 1834 und 29. Oktober 1878 sind, nur Sonderrechte von sehr ungewöhnlicher Bedeutung.

Vermischtes.

Guteberaubungen im Königsberger Hafen. Von unterschiedeter Seite wird dem Post-Offiz. aus Adlersberg mitgeteilt, daß die Güterberaubungen im Königsberger Hafen in letzter Zeit derartig zunehmen, daß die Rahmierung des gesamten Hafens betriebsbedrohend droht. Hauptfährlich werden Lebensmittel- und Genussmittelsendungen gestohlen.

Explosion eines versunkenen deutschen Munitionslagers in Frankreich. Zwei Kanoniere vom 106. schweren Artillerie-Regiment fischen, wie aus Neiße gemeldet wird, in der Weise, wobei sie Handgranaten benutzen. Sie kamen dabei an eine Stelle, an der die Deutschen bei ihrem Rückzug 1918 den Fluss überschritten und ein Munitionslager versenkt hatten. Durch eine der Handgranaten wurde dieses Lager in die Luft gesprengt. Die Detonation war im Umkreise von 25 Kilometer zu hören. In das Bett der Weise war ein tiefer Trichter eingegraben, und die beiden Kanoniere wurden völlig zerstört. Am Ufer wurden etwa 50 Rinder getötet, eine große Anzahl anderer auf der Weide verwundet.

Frankößischer Schuh-Protest. Die Pariser Bevölkerung protestiert zwar nicht mit so lautem Geschrei wie die Amerikaner, aber bei aller Geräuschlosigkeit wirkungsvoller gegen die Preise für Schuhe. So sah man dieser Tage auf der Avenue de l'Opéra einige vielbeachtete Damen in eleganten Schneiderschlümen, die geräuschlos und gerade deshalb auffällig in schwarzen Glatschuhen mit Glatschuhn beheringen. Das Tragen von Leinenschuhen zu Sommerförmern wird mehr und mehr Mode, und die Damen kaufen ausdrücklich diese Stoffschuhe, die in schwarzer und grauer Serge gehalten und sehr sorgfältig gearbeitet sind, um damit gegen die Preise der Lederschuhe zu protestieren. Auch die Herren bleiben nicht zurück, und man sieht auf den Boulevards hier und da gutgekleidete Männer, die blankgeputzte schwarze Holzschuhe als Protest gegen den Ledersucher tragen.

Chrung für gefallene deutsche Soldaten. Von amerikanischer Seite wird der franz. Bdg. aus Paris mitgeteilt: Das Komitee, das die Gedenkfeier des amerikanischen Gedächtnis am 30. Mai vorbereitet und an diesem Tage Kränze und Blumen an den Gräbern der in Frankreich gefallenen amerikanischen Soldaten niederlegen wird, wird den an der Seite der Amerikaner bestatteten deutschen Soldaten die gleiche Habe und die gleiche Chrung darbringen.

Eine neue Art Hamster. In der Fachzeitschrift Das Hotel berichtet ein Gasthofbesitzer aus Fulda von einem eigenartigen Trick, dem er bei einigen seiner Gäste auf die Spur gekommen. Die Herrschaften bestellen sich, wenn sie eine Stadt mit ihrer Unwissenheit beglücken wollen, gleichzeitig Zimmer in fünf oder sechs Hotels. Auf die Frage, was er damit bezwecke, antwortete einer dieser Zimmer-Hamster: Wenn das eine Hotel besucht ist, gehe ich zum anderen. In einem wird doch wohl ein Zimmer frei sein!

Diese neue Hamsterei erklärt, warum die Hoteliers sich immer häufiger zu beklagen haben, daß unter den täglich eintreffenden Zimmerbestellungen die Zahl derjenigen ständig wächst, deren Absender schließlich gar nicht erscheint. Da die Bestellungen meist nur den Namen des Absenders ohne genaue Adresse enthalten, ist es unmöglich, das bereitgehaltene aber nicht bezogene Zimmer in Rechnung zu ziehen. Und während so für einen Hamster fünf oder sechs Zimmer reserviert werden, von denen er natürlich nur eins bezahlt und bezahlt, müssen vielleicht fünf weniger Schläue vergebens nach einem Obdach suchen.

Einführung der allgemeinen Zwangsarbeit in Bulgarien. Das bulgarische Abgeordnetenhaus wird sich demnächst mit einem Gesetz beschäftigen, das die Regierung einbringt und demzufolge alle bulgarischen Untertanen männlichen und weiblichen Geschlechts gezwungen sind, für den Staat zu arbeiten. Für die Männer beginnt diese Verpflichtung mit dem 20, für die Frauen mit dem 18. Lebensjahr. Die Zwangsarbeit soll beim Bau von Brücken und Wegen, bei der Anlage von Eisenbahnen und Kanälen, bei der Aufführung öffentlicher Gebäude, bei der Fruchtbarmachung von Doldland, im Forstbetrieb, in Bergwerken, Fabriken und anderen Arbeitsstätten geleistet werden. Jeder Untertan ist persönlich zur Zwangsarbeit verpflichtet, und eine Stellvertretung ist nicht gestattet. Jedoch soll den Männern und Frauen, die akademischen Berufen angehören, gestattet sein, die von ihnen zu leistenden Arbeitsmengen in der Ausübung ihres Berufes auszuführen. Kein bulgarischer Untertan darf das Land verlassen, oder sich in einem anderen Staate naturalisieren lassen, bevor nicht die vorgeschriebene Arbeitsmenge von ihm für den Staat geleistet ist. Die Männer sollen gezwungen sein, 16 Monate für den Staat zu arbeiten, die Frauen 8. Die drei ersten Monate werden zu einer vorbereitenden Ausbildung verwendet. Familienhäupter brauchen nur die Hälfte der gesetzlich geforderten Arbeitszeit abzuleisten. Das Gesetz ordnet an, daß die Männer ihren Zwangsarbeitsdienst im Bezirk ihres Wohnortes oder in einem angrenzenden Bezirk erfüllen müssen, die Frauen dagegen nur an ihrem Wohnort.

Letzte Drahtnachrichten.

Kundgebungen in Berlin.

Berlin, 10. Mai. Wie in 500 deutschen Städten, so fand gestern vormittag auch in Berlin eine Kundgebung der Sport- und Jugendvereine vor dem Reichstaggebäude statt, welche der Spieldienstbewegung galt, und an der 15. bis 20 000 junge Deutsche teilnahmen. Unterstaatssekretär Lewald führte aus, daß die Jugend ihre Erholung nicht auf den Kummelpfählen oder in den Kinos, sondern unter freiem Himmel suchen solle. Das vom Reichsminister Koch zugesetzte Spielzeuggesetz müsse kommen. Nach dem Abschluß des Friedes Deutschland, Deutschland über alles läßt sich die eindrucksvolle Versammlung in Ruhe und Ordnung auf.

Berlin, 10. Mai. In Berlin haben am Sonntag verschiedene Kundgebungen stattgefunden, außer denjenigen der Turner und Sportleute auch eine solche der am Kunstreisen Interessierten gegen eine Lustarkaufsteuer, der Versuch einer kommunistischen Kundgebung im Lustgarten mit einem Umzug die Linden hinunter und eine Massenversammlung von Betriebsrätern im Circus Busch, in der als Vertreter der russischen Sowjetrepublik Schlepnikow, Mitglied der russischen Gewerkschaftsdelegation, französisch sprach, während Däumig dolmetschte. Eine Entschließung der Versammlung sprach die Sympathie des deutschen Proletariates für Sowjetrußland aus. Dann sprach Däumig für die Sozialisierung und das Ratesystem und zum Schluß Richard Müller für die Einheit des Proletariates durch Zusammenfluß der Betriebsräte, die auch in den politischen Kampf eintreten müßte.

Ztreibewegung.

Berlin, 10. Mai. Aus Halle melden die Rekrutengruppen, daß 95 Prozent der dortigen Angestellten für einen Widerstand seien.

Berlin ohne Montagszeichnungen.

Berlin, 10. Mai. Da die Zeitungsaussträger in Montags nicht mehr arbeiten, sind nur wenige Zeitungen erschienen. Der Verlag Illustriert wird ein Einheitsmorgenblatt, der Lokalzeitung ein Mittagsblatt erscheinen lassen.

Rathontag.

Abm. 10. Mai. Der gestrige Rathontag wurde durch den Präsidenten, Oberlandesgerichtspräsidenten Staatssekretär a. D. Franken, Köln eröffnet. Nach

dem durch den Oberbürgermeister Dr. Uhnen sowie übermittelten Willkommengruß der Stadt Köln begrüßte Erzbischof Dr. Schulz die Teilnehmer und forderte zum Kampf gegen Unglauben und Materialismus auf. Nach einem Festzug von über 80 000 Personen durch die Stadt folgten in 14 Sälen Versammlungen, in welchen hervorragende Redner für die Erhaltung der Konfessionschule sprachen. Die Tagung endigte morgen mit Sitzungen der Bildungsausschüsse.

Frankfurter Herbstmesse.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Als Termin für die Herbstmesse 1920 wurden die Tage vom 3. bis 9. Okt. festgelegt.

Städte Interesse an Deutschland.

Wien, 10. Mai. In der gestrigen Kammeröffnung verteidigte sich Mitti gegen den Vorwurf, in San Remo dem englischen Ministerpräsidenten blindlings gefolgt zu sein. Er wies darauf hin, daß Italien wie ganz Europa Interesse an der wirtschaftlichen Wiedererziehung Deutschlands habe, damit es seine Verpflichtungen erfüllen könne.

Bombenattentat.

Reico, 10. Mai. (Neuter.) Auf den Minister für religiöse Einrichtungen ist gestern eine Bombe geworfen worden. Der Minister blieb unverletzt. Die Studenten, die verwundet wurden, sind in Gott genommen worden.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Wien, 12. Mai, abend 8 Uhr i. d. Kirche: Worte. m. Bildern des Missionars Ruth über: Mit Letton-Wortest durch Ostafrika. — Himmelfahrt Christi, 13. Mai, vorm. 8 Uhr Beichte u. Abendm. v. Pfarrer: vorm. 8 Uhr Hauptgottesd. m. Pred. v. Pfarrer: vorm. 10 Uhr v. der Nikolaitische.

Amtliche Bekanntmachung.

Belleiherung der Bezirkslebensmittelkarte

in der Woche vom 10. bis 16. Mai 1920:

Marke O 1 für Kinder im 1. bis 4. Lebensjahr (violetter u. roter Druck): 125 g Mehl und 250 g Anova Kindernahrung, Marke O 1 (Schwarzer Druck): 250 g Hafernährmittel u. 250 g Suppen, Marke O 3: 125 g Marmelade, Marke O 4: 80 g Butter, Marke O 6: 75 g Quark, jeweils vorhanden.

Verkaufsabschlagspreise:

Hafernährmittel	6.20	Mark für 1 Pfund
Mehl	10.00	*
Suppen	1.80	*
Marmelade	6.20	*
Butter	18.00	*
Quark	3.60	*

Anova Kindernahrung (Fertigware) zum aufgezackten Preise.

Solche infolge von Transport Schwierigkeiten in einzelnen Gemeinden die Abgabe der Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umfang möglich sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.

Schwarzenberg, am 10. Mai 1920.

Der Bezirksverband der Umtshaupmannschaft Schwarzenberg.

Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe, schwarz, Baumwolle, feinfädig, englisch lang	975
Damen-Strümpfe, schwarz, Baumwolle, 1-1 gestrickt, englisch lang	1350
Damen-Strümpfe, schwarz, Baumwolle, 1-1 gestrickt, englisch lang	1750
Damen-Strümpfe, schwarz, Macco, Doppelsohle, verstärkte Hochseile	2650
Damen-Strümpfe, Flor, schwarz, Doppelsohle und verstärkte Hochseile	2850
Damen-Strümpfe, Flor, schwarz, Ersatz für Seide, verstärkter Fuß	3450
Damen-Strümpfe, weiß, B-wolle, mittlerstark, Feste u. Spitze verstärkt	1350
Damen-Strümpfe, weiß, B-wolle, feinfädig, 1-1 gestrickt, Feste u. Spitze verstärkt	1950
Damen-Strümpfe, rosa und hellblau, Flor mit Doppelsohle und Hochseile	1950
Damen-Strümpfe, Ballarben, Flor mit Doppelsohle und Hochseile	2450

Kinder-Strümpfe

schwarz, starkfädig, Größe 5	6	7	8	9	10
Pa					

Deutsche Außenpolitik 1919|20.

Ein Vortrag von Ulrich Rauscher.

Die Konferenz in Spa bedeutet einen Wendepunkt im Majorum Verhältnis zur Entente. Die Wahlen am 5. Mai sind überaus bedeutungsvoll für unsere innere Politik. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Dingen ist klar. Was die em. Gründe für die Ausführungen des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung ist, das Rauscher in Berlin macht einen erhöhten Interesse begegnet, handelt es sich doch um Mitteilungen eines Politikers, der Gelegenheit hatte, im letzten Jahr zu zwei auswärtigen Politik sozusagen an der Quelle zu erleben. Rauscher wies in seinem Vortrag einleitend auf die Frage hin, die augenblicklich die Kernfrage darstellt, ob der Wiedergutmachungsvertrag hat uns zu Proletariern der Weltgesichtie gemacht, und wie wirzen zu allem Unglück noch nicht Kausal, wie schwer die Würde ist, die uns auferlegt werden soll. Die Wiedergutmachungskommission hat sich geradezu gottähnliche Weisheit festgestellt, was wir zu leisten imstande sind und was nicht. Wie eine Gottheit teilt uns die Wiedergutmachungskommission das göttliche Brot zu. Es ist in ihre Macht gegeben, Bequemlichkeit auszuspielen gegen Vernunft und Hoffnung. Sie schnell und rasch erwerben will, gegen Überlegung, die langsam aber sicher zu ihrem Ziel kommen will. Die Wiedergutmachungskommission ist nichts anderes als ein wirtschaftlicher Marshall Foch. Was diese Kommission für uns bedeutet, geht aus der Tatsache heraus, daß an ihrer Spitze der Mann steht, Voyniche, der stets der Kriegspräsident Frankreichs gewesen ist. Der Voyniche hat noch höchst geschrieben, daß nicht nur, sondern vielmehr der Verlust der Orte seien, an denen die Konferenz tagen möchte. So soll die Übereinkunft für den Einigten gemacht werden, den alle erfreut, ja die Klimaphäre für die erste Zusammen-

menkunft der Entente mit dem deutschen Reichskanzler. Aus dieser Sichtung muß auch heute hingewiesen werden, wenn die Außenpolitik der deutschen Republik in ihrem ersten Jahr betrachtet wird.

Rauscher ging dann ein auf die Vorgänge bei der Friedensunterzeichnung und wies die Behauptung zurück, daß, wenn wir geweigert hätten, zu uns eintreten, und ein anderer milderer Vertrag sofort vorgelegt worden wäre. Es braucht ja nur auf die Äußerungen Tardieu verwiesen werden. Es ist eine Unwahrheit, wenn in dem Ton der beginnenden Kohlager Demagogen vom Schlag Helfferich erzählt, daß ein zweiter Friedensvertrag bestanden habe, den wir mit einem einfachen Nein hätten bekommen und erreichen können. Helfferich hat u. a. behauptet, daß Tardieu's Programm den Tag enthalten habe: Seine Besiegung deutsches Gebiet länger als 18 Monate und seine Besiegung des rechten Rheinufers. Wo und wann Tardieu das geschrieben haben soll, versteht aber Herr Helfferich. Dagegen kann jederzeit beobachtet werden, daß Tardieu die Besiegung deutschen Gebietes auf Jahre hinaus ihr notwendig erachtete. Der Sinn der Unterschrift bestand darin, daß durchzuführen, was der Verfaller Vertrag mit unangemessenen Mitteln versucht hat und zwar zu einer günstigeren Zeit und entfernt von dem Trommelfeuer des Schlachtfeldes mit den Mitteln des Friedens und mit Friedenshören. Der Friedensvertrag mußte in Übereinstimmung gebracht werden mit den Lebensnotwendigkeiten des Erdbebens. Es war der Sinn der Unterschrift, alle Auseinandersetzungen der verheerten Völker in eine Atmosphäre zu ziehen, in der eine Verständigung möglich war. In diesem Zusammenhang müssen vier Ereignisse betrachtet werden, die für das außenpolitische Kernproblem von besonderer Bedeutung sind: Scapa-Flow, der Baltikumkampf, die Auslieferungsfrage und die Frage des strategischen Gebietes. In der Scapa-Flow-Frage haben wir erleben müssen, daß entgegen dem

formalen und dem moralischen Recht, das auf unserer Seite war, uns durch Erpressung Schiffsmaterial genommen worden ist. In der Baltikumfrage hat die rechte Presse Jubelhymnen über diese nationale Bewegung angestimmt, und wir haben erleben müssen, daß das Mittel der Blockade mitten im Frieden gegen uns angewendet worden ist. In der Auslieferungsfrage haben wir erreicht, daß der Artikel des Friedensvertrages zurücksiegt wurde, daß sich der gesunde Menschenverstand in dieser Einzelfrage durchgesetzt hat, allerdings nicht aus Neigung für uns, sondern weil man eingesehen hat, daß die Verhaftung in Deutschland eine Unmöglichkeit sein würde. Im Rückgrat waren wir zwar formal im Unrecht, daß wir aber materiell und ethisch im Recht waren, ist uns von der Gegenseite mehrfach bestätigt worden. Zug verschiebener Einsprüche ist dann aber die unerhöhte Vergewaltigung, ist der Einmarsch der Franzosen in den Mainz erfolgt. Alle diese Fragen haben das gemeinsame, daß Macht vor Recht gegangen ist. Wenn aber von Herrn Helfferich jetzt gefordert wird, Deutschland müßte die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich abbrechen, so ist das absurd. Es ist ein widerliches Schauspiel, Krieg treiben zu wollen ohne Waffen. Es ist ein widerliches Schauspiel, daß ein Mann den Starken spielt, obwohl er weiß, daß sein Volk nicht die Stärke hat. Wer derartige Parretaten in der ersten Zeit der ersten Wahlen zum Reichstag der deutschen Republik unterstützen, der hat kein Recht mehr, außenpolitisch einzusprechen. So schwer es ist, wir müssen daran denken, daß der Vertrag ein Vertrag ist, den wir halten müssen. Wir haben den Friedensvertrag am Anfang des ersten Jahres unterzeichnet, wir haben nun zu arbeiten, daß am Schluss des zweiten Jahres etwas Neues, weit über die Grenzen hinausgreifendes erbrachte: Nicht ein juristischer Vertrag der Vernichtung, sondern ein wirtschaftlicher Frieden.

Die glückliche Geburt eines gesunden Stammbalters

steigt in großer Freude an

Walter Dietel und Frau Johanna geb. Ecker.

Aue, den 5. Mai 1920.

Eine heile Wallfahrt zur Vermählung

bedient sich hierdurch anzuzeigen

Hugo Thorschmidt und Frau Margarete geb. Winkler

Aue und Zwickau, den 10. Mai 1920

Der Kartoffelkraut auf Kartoffelstärke

Kartoffelstärke in der

Wirtschaft Alberodaer Str. 101
Gustav Voigt, Aue.

Eine große
Spendung
von den besten
Fett-Heringen

ist wieder eingetroffen (Sind Markt 1,50) bei

Paul Matthes, Schneeberger Str.

**400 Mark
Belohnung!**

gibt es demjenigen, welcher mir den Dieb
bekannt. Die Diebe nahmhaft macht, welche
in der Nacht vom Freitag bis
Samstag in mein Ge-
schäft eingedrungen
sind.

Auer Genußmittel-Halle,
Franziska Müller.

Keine Wanze mehr.

Nicodam®. Erfolg verbüffend. — Resillose Verlösung.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack M. 4.—
Vorher bei Hermann Helmke, Weinen-Drogerie.
Bitte ausschließlich nur Nicodam zu verlangen.

Apollo-Lichtspiele Aue

Bahnhofstr. 10A | Fernnr. 765

Dienstag Abend: Die Kästenprinzessin
oder Die Sekte von Bos Guero.

Dienstag bis Donnerstag:

Die Jöhne Sünderin

W. Gäßner-Kogel, eines jungen Süßhändlers in
einer Stadt. „Die Versuchte.“

Bei dem Gespi. Otto Wöhner und Gen. Hoffmann.

Die Seebaduire.

Reizvolles Lustspiel in 3 Akten (Gebertar Berlin).
Schauspieler: Via Hilbert und Richard Henius, ehem.
Künstler vom Seitenbühnen-Theater, Berlin.

Tag 2 Nachmittagen. Beginn 1/2, Eintritt 6 Uhr.

Zentralverein der Angestellten

Ortsgruppe Aue.

Dienstag, 11. bis 13.

18 Uhr abends.

im „Burg Wittin“

Verlosung

Das Dreifarbett.

erteilt Handweber

in den Werkstätten

Unterricht in Buchdruck?

Gef. Off. unter A. E. 3578

an das Auer Tageblatt.

Gebr. Möbel

„alter Art“

aus in guten Preisen

Wöbbel-Schmidt,

nur Alberoda, 6. Klein-Pader.

Neudösser 607.

Sonne für sofort ein

tüchtiges Mädchen,

ehrlich, stift und zuverlässig, für Haushalt, bei

aller Behandlung und Familien-Anschluß. Selbige

könnte ja auch im Geschäft einrichten.

Bewerb. erbitte an Fr. Anders, Leipzig,

Thomasiusstr. 7, zu richten.

1 Sommerüberzieher,

schwarzgrün, in einer kleinen, besseren Wirtschaft
hängen geblieben. Gef. Wahrnehmungen, wofür
gute Belohnung gezahlt wird, bitten wir der
Geschäftsleute des Auer Tageblattes bekanntzugeben.

Unna-Unterlagen

Sauger

Milchflaschen

Badeschwämme

Goethestrasse 3.

Zöpfe

empf. in großer Auswahl

Stern & Gauger

Zöpf- u. Perückenfabrik, Aue

Wettinstr. 14 am Blechmalz

Bindfaden-

Großhandlung

Hainrich Seela, Arnstadt.

Zukunft!

Gla, Tharrier, Reckahn,

Heidebach nach Altenologie be-

rechnet. Nur Geburtsdaten an-

geben. Schaub, Hannover,

Ulanenstraße 3, I.

Sonne für sofort ein

tüchtiges Mädchen,

ehrlich, stift und zuverlässig, für Haushalt, bei

aller Behandlung und Familien-Anschluß. Selbige

könnte ja auch im Geschäft einrichten.

Bewerb. erbitte an Fr. Anders, Leipzig,

Thomasiusstr. 7, zu richten.

Bekanntmachung!

Infolge einer neuerlichen Verordnung der Reichsregierung vom 30. April 1920 wird hierdurch die diesl. Bekanntmachung vom 20. April 1920 dahin gehend abgeändert, daß vom 10. Mai ds. Jrs.

1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in üblicher gehobener Stellung,
2. Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken,
3. Bühnen- und Orchestermitglieder und
4. Lehrer und Erzieher

nie noch mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 15 000 Mark beauftragungspflichtig sind. Bei höherem Jahresarbeitsverdienst hat daher unkt. s. Mai 1920 die Abmeldung bei der zuständigen Ortskassenkasse binnen drei Tagen zu erfolgen.

Weiter sind nach obengenannter Verordnung etwaige von den Verbänden angehörenden Ortskassenkassen auf Grund der Verordnung vom 1. 4. 1920 festgestellte Grundlöhne über 30 Mark ungültig und daher ohne rechtliche Wirkung.

Bei dieser Gelegenheit werden die Herren Arbeitgeber nötig aufgefordert, die Anmeldung der ab 26. April 1920 frankenverpflichtungspflichtig gewordenen obenbezeichneten Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst von 5001 Mark bis 20000 Mark bzw. ab 10. Mai 1920 15 000 Mark unverzüglich bei den zuständigen Ortskassenkassen zur Anmeldung zu bringen sowie die aus Maß der Heraufsetzung der Grundlöhne notwendig gewordene Lohnveränderungsanzeige gleichfalls sofort mittels der vorgeschriebenen Verträge zu bewirken.

Die Nichtbeachtung dieser Meldevorschriften hat Bestrafung gemäß § 530 ff. N. B. D. zur Folge.

Aue, den 10. Mai 1920.
Verband von Ortskassenkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schöningen, Eig. Aue i. Erzgeb.

Wilhelm Schöninger, Vorlesender.

190 3tr. Häufselmelasse

öffentl. u. me. notwendig gegen sofortige Vorauszahlung am Güterbahnhof Aue
Sammelstelle der Bieter: Hotel „Burg Wittin“, Aue, nachm. 5 Uhr
Ausstraggeber: Schneider.

Fritz Woll, Auctionator, Chemnitz, Hartmannstr. 13, Fernpr. 8378.

+ Frauen

die Auflösung haben, bestellen melden „Angeber“

Preis 4 M. — 54000 Stück vergriffen.

„Kinderfreund“, das Buch für Männer 3 M.

Gr. 3. Holzheim er, Frauenpraxis, Plauen i. Vogt.

Ber

Jahre, keine

ca. 200 Allo 2 Rubbelmeier,
Tue-Judith, Ang. u. A. E.

3583 an das Auer Tageblatt.

Ein neuer nach Maß angefertigter

Sommermantel

für Damen mittlerer Größe
leicht zum Beruf.

zu erkaufen im Auer Tageblatt.

Langer Spiegel

mit Rosetten u. S

Gesattisch Rähmisch

zu verkaufen.

Zu erhalten im Auer Tageblatt.

1 Brüderwage,

2 häng. Gaslampen

zu verkaufen. Goethestr. 18.

Deutscher Schäferhund

Jung zu kaufen geacht. Off. u.

A. E. 3577 a. d. Auer Tageblatt.

Gebündelte und lose

Schwarzblech-Absätze